

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 31 | 02.08.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 71/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 geändert wird (**AWG-Rechtsbereinigungsnovelle 2019**) (Verhinderung negativer Auswirkungen von Kunststofftragetaschen auf die Umwelt und Förderung der Kreislaufwirtschaft; Entfall des Stellvertreters des Abfallbeauftragten; Ausnahmen und Erleichterungen beim Erlaubnisrecht, insb Entfall des Nachweises eines Zwischenlagers für Abfallsammler nicht gefährlicher Abfälle und Ausweitung des Nachsichtsrechts; Entfall der abfallrechtlichen Genehmigungspflicht nach dem AbfallwirtschaftsG bei bestimmten Anlagen; Möglichkeit der Genehmigungsfreistellung durch Verordnung sowie Maßnahmen zur Unterstützung der Projekte zur Digitalisierung)

### [BGBl I 72/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 15. Juni 1978 über das internationale Privatrecht (**IPR-Gesetz**) geändert wird (Schaffung einer einheitlichen Kollisionsnorm für alle Ehen, die nicht zwischen gleich- und verschiedengeschlechtlicher Ehe unterscheidet)

### [BGBl I 73/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Väter-Karenzgesetz** und das **Landarbeitsgesetz 1984** geändert werden (Schaffung der Möglichkeit für Väter, eine Freistellung zum Zwecke der Kinderbetreuung bereits während des Beschäftigungsverbots der Mutter nach § 5 Abs 1 MutterschutzG bzw während des fiktiven Beschäftigungsverbots, sofern die Mutter nicht unselbständig erwerbstätig ist, in Anspruch zu nehmen)

### [BGBl I 74/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Angestelltengesetz**, das **Gutsangestelltengesetz**, das **Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch**, das **Landarbeitsgesetz 1984** und das **Katastrophenfondsgesetz 1996** geändert werden (ausdrückliche Regelung des Anspruchs auf Freistellung von der Dienstleistung samt Fortzahlung des Entgelts für Arbeitnehmer, die als freiwillige und ehrenamtliche Mitglieder von Katastrophenhilfsdiensten, Rettungsdiensten oder freiwilligen Feuerwehren tätig sind; Regelung der Rückerstattung der von den Arbeitgebern geleisteten Entgeltfortzahlungen; Zurverfügungstellung zusätzlicher Mittel aus dem Katastrophenfonds für die Opfer der Naturkatastrophen im zweiten Quartal 2018, um den Finanzbedarf zur Abfederung außerordentlichen Schäden im Vermögen von Privaten und Unternehmen zu decken)

### [BGBl I 75/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Kinderbetreuungsgeldgesetz** geändert wird und ein **Gesetz über die Errichtung eines Jungfamilienfonds** (Jungfamilienfondsgesetz) erlassen wird (Anpassung der Zuverdienstgrenze für geringfügige Beschäftigungen)

beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld und der Beihilfe; Wahlrecht für Selbständige, die nicht ganzjährig Kinderbetreuungsgeld beziehen, ob sie entweder die Berechnung des Zuverdienstes mit den steuerlich erzielten Jahreseinkünften vornehmen lassen oder eine [steuerlich korrekte] Abgrenzung der Einkünfte auf den Anspruchszeitraum vornehmen und dem Krankenversicherungsträger vorlegen, womit nur die abgegrenzten Einkünfte zur Zuverdienstberechnung herangezogen werden und eine Hochrechnung auf einen Jahresbetrag erfolgt; Einführung des neu zu schaffenden Jungfamilienfonds mit dem Zweck, Eltern zum Ausgleich für Rückzahlungen, welche alleine aus dem Versäumen der Vorlagefrist über den Nachweis nach § 8 Abs 1 Z 2 KinderbetreuungsgeldG resultieren, eine Zuwendung aus dem Fonds zu gewähren, wobei es sich dabei um keine Familienleistung aus dem Familienlastenausgleichsfonds handelt)

#### [BGBI I 76/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Führerscheingesetz geändert wird (**19. FSG-Novelle**) (einjährige Sperrfrist für einen Folgeantritt für Kandidaten, die bei der Theorieprüfung unerlaubte technische Hilfsmittel verwendet haben und deren Prüfung daher nicht gewertet werden konnte; Normierung des Befahrens der Rettungsgasse als Vormerkdelikt)

#### [BGBI I 77/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (**32. StVO-Novelle**) (Verordnungsermächtigung für Behörden, um zielgerichtete Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit iZm Rechtsabbiegevorgängen von LKWs [toter Winkel] setzen zu können; Adaptierung der Bestimmung betreffend Unfallhäufungspunkte)

#### [BGBI I 78/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Kräftefahrzeuggesetz 1967 geändert wird (**37. KFG-Novelle**) (Erhöhung des höchstzulässigen Gesamtgewichts für den kombinierten Verkehr mit schwereren kranbaren Sattelaufliegern; Löschung der fahrzeugspezifischen Daten nach sieben Jahren ab der Abmeldung nur bei Vorliegen einer Verschrottungsbestätigung; Sachbereichskennzeichen auch für Fahrzeuge, die zur Verwendung für die Feuerwehr bestimmt sind; gleiches Begutachtungsintervall für Fahrzeuge der Klasse L wie für PKW)

#### [BGBI I 79/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Pflanzenschutzmittelgesetz 2011** geändert wird (Verbot des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat unter Anwendung des Vorsorgeprinzips)

#### [BGBI I 80/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundespflegegeldgesetz** geändert wird (Einführung einer Regelung betreffend die automatische Erhöhung des Pflegegelds)

#### [BGBI I 81/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Gesetz vom 27. November 1984 über **die Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren** geändert wird (Ermäßigung der Pauschalgebühr auf die Hälfte, wenn die Rechtssache in der ersten Verhandlung rechtswirksam verglichen wird)

#### [BGBI I 82/2019](#)

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das **Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung** geändert wird (Bekenntnis der Republik Österreich zur Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge und zu ihrer Verantwortung für die Sicherung deren Erbringung und Qualität, insb dazu, das öffentliche Eigentum an der Trinkwasserversorgung und die Verfügungsgewalt darüber im Interesse von Wohl und Gesundheit der Bevölkerung in öffentlicher Hand zu erhalten)

#### [BGBI I 83/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die nichtlinienmäßige gewerbsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen (**Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 – GelverkG**) geändert wird (Vereinigung der beiden Gewerbe des mit Perso-

nenkraftwagen betriebenen Mietwagengewerbes und des mit Personenkraftwagen betriebenen Platzfuhrwerksgewerbes [Taxi-gewerbe] unter bestmöglicher Erhaltung der spezifischen Vorteile und gleichzeitiger Berücksichtigung der Anforderungen des heutigen Kommunikations- und Wirtschaftslebens)

#### [BGBl I 84/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz**, das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz** und das **Bauern-Sozialversicherungsgesetz** geändert werden (Umsetzung des besonderen Ausgleichszulagen- bzw Pensionsbonus für langzeitversicherte Personen)

#### [BGBl I 85/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen (**Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz – WGG**), BGBl. Nr. 139/1979, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 69/2018, geändert wird (Vorverlegung der Übertragung in das Eigentum [Miteigentum, Wohnungseigentum] von 10 Jahren auf den Ablauf des fünften Jahres ab Bezug der Baulichkeit; Stärkung der Aufsicht; Maßnahmen gegen Spekulation mit gefördertem Wohnraum; Festlegung der Spekulationsfrist, innerhalb derer Gewinne beim Weiterverkauf einer geförderten Wohnung zurückzuzahlen sind, auf 15 Jahren; Verbot der touristischen Nutzung)

#### [BGBl I 86/2019 \(Anlage\)](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Schulorganisationsgesetz**, das **Schulunterrichtsgesetz**, das **Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge**, das **Schulpflichtgesetz 1985** und das **Bildungsdokumentationsgesetz** geändert werden (Weiterentwicklung der Polytechnischen Schule, insb durch die Modernisierung des Fächerkanons als Basis für die Neugestaltung der Lehrpläne; effizientere Datenweitergabe zwischen elementaren Bildungseinrichtungen und Schulen iRd Schuleingangsphase)

#### [BGBl I 87/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bildungsinvestitionsgesetz** geändert wird (Sicherung des Bestands der schulischen Tagesbetreuung durch Öffnung eines Teils der Mittel aus dem BildungsinvestitionsG [erweiterte Zweckwidmung] und Verfügbarmachung der nicht verbrauchten Mittel aus den mit dem Schuljahr 2018/19 auslaufenden Vereinbarungen gem Art 15a B-VG über den [weiteren] Ausbau ganztägiger Schulformen; Ermöglichung eines bedarfsorientierten Ausbaus ganztägiger Schulformen durch Vereinfachung des Mechanismus der Mittelbereitstellung unter Beteiligung von Ländern bzw Gemeinden [Kofinanzierung] und nahtlosem Übergang zu den Förderungen aus den Vereinbarungen gem Art 15a B-VG [Verschiebung um ein Jahr]; Sicherstellung der Gleichwertigkeit von schulischen und außerschulischen Einrichtungen durch die Festlegung von Qualitätsstandards für außerschulische Einrichtungen als Bedingung für die Verwendung der Mittel)

#### [BGBl II 227/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung geändert wird (**18. Novelle zur FSG-DV**)

#### [BGBl II 228/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung geändert wird (**9. Novelle zur FSG-GV**)

#### [BGBl II 229/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Fahrprüfungsverordnung geändert wird (**12. Novelle zur FSG-PV**)

#### [BGBl II 231/2019](#)

Verordnung der Bundesregierung über die nähere Vorgangsweise betreffend die Anbringung von Lichtbildern auf e-cards (**e-card FotoV**)

## II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 202 v 31.07.2019, 110](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1287 der Kommission vom 26. Juli 2019 über die Verlängerung der verstärkten Überwachung Griechenlands

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.06.2019, [E 2838/2018 ua](#)

**AsylG; BVG-Rassendiskriminierung;** Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status von subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung von **Rückkehrentscheidungen** betreffend irakische Staatsangehörige; kein Eingehen auf Versorgungs- und Gefährdungslage für Minderjährige im Irak bzw in Bagdad

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

26.04.2019, [Ra 2018/02/0344](#)

**StraßenverkehrsO;** Verhängung einer Geldstrafe wegen **Lenkens eines Fahrzeugs** in einem durch **Suchtgift beeinträchtigten Zustand**; beim Lenken in diesem Zustand schob der Rw mit seinem Pkw ein Moped eines anderen Verkehrsteilnehmers einige Meter nach vorne und beschädigte dieses; der Mopedlenker kam zu Sturz, wurde aber nicht verletzt; damit war (auch) der Tatbestand des § 89 StGB (Gefährdung der körperlichen Sicherheit) als erfüllt anzusehen; in einem solchen Fall ist die Verletzung des § 5 Abs 1 1. Satz iVm § 99 Abs 1b StraßenverkehrsO gem § 22 Abs 1 VStG und § 99 Abs 6 lit c StraßenverkehrsO nicht strafbar und es liegt keine Verwaltungsübertretung vor

25.06.2019, [Ra 2019/05/0085](#)

**Oö BauO;** die Erteilung einer **nachträglichen Baubewilligung** für ein ohne Bewilligung errichtetes Gebäude kommt nur dann in Betracht, wenn es nach den im Zeitpunkt der Erlassung der Entscheidung geltenden baurechtlichen Bestimmungen bewilligt werden kann

25.06.2019, [Ra 2019/05/0092](#)

**B-VG;** mit dem Hinweis allein, dass es noch keine Rsp des VwGH zu einer Bestimmung gibt, wird keine **Rechtsfrage grundsätzlicher Bedeutung** dargetan; in den Revisionszulässigkeitsgründen wäre idZ zumindest eine konkrete Bezugnahme auf den vorliegenden Fall notwendig gewesen

26.06.2019, [Ra 2017/04/0130](#)

**UmweltinformationsG;** § 2 Z 3 UmweltinformationsG definiert als **Umweltinformation** sämtliche Informationen über Maßnahmen, wie zB Politiken, Gesetze, Pläne und Programme, Verwaltungsakte, Umweltvereinbarungen und Tätigkeiten, die sich auf die in den Z 1 und 2 leg cit genannten Umweltbestandteile und -faktoren auswirken oder wahrscheinlich auswirken, sowie Maßnahmen oder Tätigkeiten zu deren Schutz; vor dem Hintergrund des § 3 IndustrieunfallVO kann kein Zweifel daran bestehen, dass ein **Sicherheitskonzept**, zu dessen Erstellung ein Betriebsinhaber gem § 84e GewO verpflichtet ist, eine Umweltinformation darstellt, weil der Inhalt des Sicherheitskonzepts die Maßnahmen festlegen soll, die zur Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus für die menschliche Gesundheit und die Umwelt notwendig sind; damit handelt es sich um Maßnahmen zum Schutz der in § 2 Z 1 und 2 UmweltinformationsG genannten Umweltgüter

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 24.06.2019, [LVwG-780108](#)

**SicherheitspolizeiG**; die **polizeiliche Identitätsfeststellungsbefugnis** nach § 35 Abs 1 Z 2 SicherheitspolizeiG kommt beispielsweise in Bezug auf Orte zum Tragen, hinsichtlich welcher der dringende Verdacht des gewerbsmäßigen Handels mit Suchtmitteln besteht; dabei muss sich der erforderliche dringende Verdacht nicht gegen einzelne Personen, insb nicht gegen den von der Identitätsfeststellung Betroffenen selbst, sondern lediglich gegen den bestimmten Ort richten; das Bestehen einer Schutz- und Waffenverbotszone lässt in besonderer Weise darauf schließen, dass an diesem Ort abstrakt eine hohe Wahrscheinlichkeit für Handlungen im Hinblick auf Übertretungen des SuchtmittelG besteht; somit waren aber die einschreitenden Sicherheitsorgane bereits wegen des unbestrittenen Aufenthalts des Bf an diesem Ort dazu befugt, seine Identität festzustellen

LVwG Oö 18.07.2019, [LVwG-152067](#)

**Oö BauO**; anders als im gewidmeten Grünland ist im **Dorfgebiet** die (vorrangige) Zulässigkeit von **Gebäuden land- und forstwirtschaftlicher Betriebe** – hier: eines Bürocontainers auf einem Sägewerksgelände – nicht nach dem Kriterium der Notwendigkeit zu beurteilen; maßgeblich ist vielmehr deren Zweckmäßigkeit und Eignung; ggst handelt es sich zwar dem Grunde nach um einen Verwendungszweck iRd land- und forstwirtschaftlichen Urproduktion, die Art und Weise der faktisch möglichen Verwendung widerspricht aber den eigenen Angaben des Bf über die betrieblichen Abläufe; auch die erforderliche händische Befüllung der Heizvorrichtung im Container mit Brennholz ist höchst unwirtschaftlich; Gebäude dieser Art stehen somit in keinem Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft; bezüglich der (saisonalen) gewerblichen Reifenlagerung ist zudem festzuhalten, dass diese (nicht der Land- und Forstwirtschaft zuzuordnende) Tätigkeit in ihrer anlagenbezogenen Gesamtheit auch nicht in Form der „Nachnutzung“ bestehender land- und forstwirtschaftlicher Gebäude erfolgt; die Verwendung des Lagercontainers iRd Nutzungsvariante ist daher im Dorfgebiet unzulässig; da sie ausgehend von ihrem betrieblichen Charakter auch im Wohngebiet nicht zulässig ist, liegt eine nachträgliche Bewilligungsfähigkeit für das ggst Gebäude in seiner konkreten Lage und Ausgestaltung nicht vor, sodass auch kein Alternativauftrag gem § 49 Abs 1 Oö BauO erteilt werden konnte

LVwG Oö 26.07.2019, [LVwG-531313](#)

**WasserrechtsG**; eine **Wassergenossenschaft** ist als juristische Person in Gestalt einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu qualifizieren, wobei deren Vertretung nach außen prinzipiell dem Geschäftsführer obliegt; enthält allerdings die bescheidmäßig genehmigte Satzung nähere Wirkungskreise, die den jeweiligen Organen der Genossenschaft vorbehalten sind, ist durch Auslegung zu ermitteln, inwieweit der **Geschäftsführer** hinsichtlich seiner **Außenvertretungsbefugnis** einer vorangehenden Genehmigung anderer Genossenschaftsorgane bedarf; daraus ergibt sich insgesamt, dass die Bescheidbeschwerde der Genossenschaft an das LVwG zurückzuweisen ist, wenn die hierfür satzungsgemäß erforderliche Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung nicht vorliegt

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Wien 05.07.2019, [VGW-001/032/5212/2019](#)

**VStG**; seit der Novelle BGBl I 57/2018 ist bei Bewilligung eines **Antrags auf Teilzahlung** – und nicht mehr bloß bei Zahlungsaufschub – die **Strafvollstreckung** gem § 54b Abs 3 letzter Satz VStG ausdrücklich aufgeschoben; bei Einkünften über dem Existenzminimum kann nicht automatisch Uneinbringlichkeit iSd § 54b Abs 2 VStG ausgeschlossen werden; vielmehr müssen die zu erwartenden Einkünfte und die zu entrichtenden offenen Strafbeträge in einem solchen Verhältnis stehen, dass eine Entrichtung in einer angemessenen Zeitspanne möglich und realistisch erscheint; was unter einer angemessenen Zeitspanne zu verstehen ist, muss im Einzelfall beurteilt werden

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [29.07.2019, Rs C-40/17, Fashion ID](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Richtlinie 95/46/EG – Art 2 Buchst d – Begriff ‚für die Verarbeitung Verantwortlicher‘ – Betreiber einer Website, der in diese ein Social Plugin eingebunden hat, das die Weitergabe personenbezogener Daten des Besuchers dieser Website an den Anbieter des Plugins erlaubt – Art 7 Buchst f – Zulässigkeit der Verarbeitung von Daten – Berücksichtigung des Interesses des Betreibers der Website oder des Interesses des Anbieters des **Social Plugins** – Art 2 Buchst h und Art 7 Buchst a – Einwilligung der betroffenen Person – Art 10 – Information der betroffenen Person – Nationale Regelung, wonach Verbände zur Wahrung von Verbraucherinteressen klagebefugt sind

#### [29.07.2019, Rs C-411/17, Inter-Environnement Wallonie und Bond Beter Leefmilieu Vlaanderen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Übereinkommen von Espoo – Übereinkommen von Aarhus – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 Abs 3 – Begriff ‚Projekt‘ – Prüfung auf Verträglichkeit mit dem betreffenden Gebiet – Art 6 Abs 4 – Begriff ‚zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses‘ – Erhaltung der wildlebenden Vogelarten – Richtlinie 2009/147/EG – Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Richtlinie 2011/92/EU – Art 1 Abs 2 Buchst a – Begriff ‚Projekt‘ – Art 2 Abs 1 – Art 4 Abs 1 – Umweltverträglichkeitsprüfung – Art 2 Abs 4 – Ausnahme von der Prüfung – Schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie – Nationale Rechtsvorschriften, die zum einen vorsehen, dass die industrielle Stromerzeugung eines **abgeschalteten Kernkraftwerks** für die Dauer von fast zehn Jahren wieder aufgenommen wird, so dass der Zeitpunkt, den der nationale Gesetzgeber ursprünglich für die Stilllegung und die Einstellung des Betriebs dieses Kraftwerks festgelegt hat, um zehn Jahre aufgeschoben wird, und zum anderen, dass der **Endtermin**, den der nationale Gesetzgeber ursprünglich für die Stilllegung und die Einstellung der industriellen Stromerzeugung eines in Betrieb befindlichen Kraftwerks vorgesehen hat, ebenfalls um zehn Jahre aufgeschoben wird – **Fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung**

#### [29.07.2019, Rs C-469/17, Funke Medien NRW](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Urheberrecht** und **verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Informationsgesellschaft – Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte – Art 2 Buchst a – Vervielfältigungsrecht – Art 3 Abs 1 – **Öffentliche Wiedergabe** – Art 5 Abs 2 und 3 – Ausnahmen und Beschränkungen – Reichweite – Charta der Grundrechte der Europäischen Union

#### [29.07.2019, Rs C-476/17, Pelham ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Urheberrecht** und **verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Informationsgesellschaft – Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte – Elektronisches Kopieren von Audiofragmenten (**Sampling**) – Art 2 Buchst c – Tonträgerhersteller – Vervielfältigungsrecht – ‚Teilweise‘ Vervielfältigung – Art 5 Abs 2 und 3 – Ausnahmen und Beschränkungen – Reichweite – Art 5 Abs 3 Buchst d – Zitate – Richtlinie 2006/115/EG – Art 9 Abs 1 Buchst b – Verbreitungsrecht – Grundrechte – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 13 – Freiheit der Kunst

#### [29.07.2019, Rs C-516/17, Spiegel Online](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Urheberrecht** und **verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Informationsgesellschaft – Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte – Art 5 Abs 3 – Ausnahmen und Beschränkungen – Reichweite – Art 5 Abs 3 Buchst c und d – **Berichterstattung über Tagesereignisse** – Zitate – Verwendung von Hyperlinks – Rechtmäßige öffentliche Zugänglichmachung – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 11 – Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit

#### [29.07.2019, Rs C-556/17, Torubarov](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl und subsidiärer Schutz – Gemeinsame Verfahren für die **Zuerkennung des internationalen Schutzes** – Richtlinie 2013/32/EU – Art 46 Abs 3 – Umfassende Ex-nunc-Prüfung –

Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Umfang der Befugnisse des erstinstanzlichen Gerichts – Fehlende Abänderungsbefugnis – Weigerung der zuständigen Verwaltungsbehörde bzw gerichtsähnlichen Behörde, einer Entscheidung dieses Gerichts nachzukommen

#### [29.07.2019, Rs C-589/17, Prenatal](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Einfuhr von **Textilwaren**, als deren Ursprung fälschlich Jamaika angegeben wurde – **Nacherhebung** von **Einfuhrabgaben** – Antrag auf Erlass der Abgaben – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Zollkodex der Gemeinschaften – Art 220 Abs 2 Buchst b und Art 239 – Ablehnende Entscheidung der Europäischen Kommission in einem bestimmten Fall – Gültigkeit

#### [29.07.2019, Rs C-620/17, Hochtief Solutions Magyarországi Fióktelepe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Nachprüfungsverfahren – Richtlinie 89/665/EWG – Richtlinie 92/13/EWG – Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz – Grundsätze der Effektivität und der Äquivalenz – Wiederaufnahme gerichtlicher Entscheidungen, die gegen das Unionsrecht verstoßen – **Haftung der Mitgliedstaaten** bei Verstößen nationaler Gerichte gegen das Unionsrecht – Bemessung des **ersatzfähigen Schadens**

#### [29.07.2019, Rs C-654/17 P, Bayerische Motoren Werke/Kommission und Freistaat Sachsen](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Regionale Investitionsbeihilfen** – Beihilfe zugunsten eines großen Investitionsvorhabens – Mit dem Binnenmarkt teilweise unvereinbare Beihilfe – Art 107 Abs 3 AEUV – Notwendigkeit der Beihilfe – Art 108 Abs 3 AEUV – Verordnung (EG) Nr 800/2008 – Beihilfe, die den Schwellenwert für eine Einzelanmeldung überschreitet – Anmeldung – Reichweite der Gruppenfreistellung – Anschlussrechtsmittel – Zulassung eines Streitbeitritts vor dem Gericht der Europäischen Union – Zulässigkeit

#### [29.07.2019, Rs C-659/17, Azienda Napoletana Mobilità](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – **Beschäftigungsbeihilfen** – Befreiung von den Sozialbeiträgen für Ausbildungs- und Arbeitsverträge – Entscheidung 2000/128/EG – Italienische Beihilferegulungen für Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung – Teilweise mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfen – Anwendbarkeit der Entscheidung 2000/128/EG auf ein Unternehmen, das als einziges öffentliche Nahverkehrsdienste erbringt, die eine Gemeinde an es freihändig vergeben hat – Art 107 Abs 1 AEUV – Begriff ‚Wettbewerbsverzerrung‘ – Begriff ‚Beeinträchtigung des Handels‘ zwischen Mitgliedstaaten

#### [29.07.2019, Rs C-680/17, Vethanayagam ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Visakodex der Gemeinschaft – Verordnung (EG) Nr 810/2009 – Art 5 – Für die Prüfung und Bescheidung eines **Visumantrags zuständiger Mitgliedstaat** – Art 8 – Vertretungsvereinbarung – Art 32 Abs 3 – Rechtsbehelf gegen die Ablehnung eines Visumantrags – Im Fall einer Vertretungsvereinbarung für die Entscheidung über den Rechtsbehelf zuständiger Mitgliedstaat – Inhaber des Rechts auf Einlegung eines Rechtsbehelfs

#### [29.07.2019, Rs C-38/18, Gambino und Hyka](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie 2012/29/EU – **Mindeststandards** für die Rechte, die Unterstützung und den **Schutz von Opfern von Straftaten** – Art 16 und 18 – Vernehmung des Opfers durch ein erstinstanzliches Strafgericht – Änderung in der Besetzung des Spruchkörpers – Wiederholung der Vernehmung des Opfers auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 und 48 – Recht auf ein faires Verfahren und Verteidigungsrechte – Grundsatz der Unmittelbarkeit – Bedeutung – Recht des Opfers auf Schutz während des Strafverfahrens

#### [29.07.2019, Rs C-124/18 P, Red Bull/EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 4 und Art 7 Abs 1 Buchst a – Absolutes Eintragungshindernis – Nichtigkeitsverfahren – Kombination zweier **Farben** als solcher – Fehlen einer systematischen Anordnung, in der die Farben in vorher festgelegter und beständiger Weise verbunden sind

[29.07.2019, Rs C-209/18, \*Kommission/Österreich \(\) und vétérinaires\*](#)

**Vertragsverletzung** eines Mitgliedstaats – Verstoß gegen die Richtlinie 2006/123/EG sowie gegen die Art 49 und 56 AEUV – Beschränkungen und Anforderungen in Bezug auf den Ort des Sitzes, die Rechtsform, die Beteiligung am Gesellschaftsvermögen und die multidisziplinären Tätigkeiten von **Ziviltechnikergesellschaften, Patentanwalts-gesellschaften** und **Tierärzte-gesellschaften**

[29.07.2019, Rs C-354/18, \*Rusu\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – **Luftverkehr** – Nichtbeförderung – Begriffe ‚Ausgleichszahlungen‘ und ‚weiter gehender Schadensersatz‘ – Art des zu ersetzenden Schadens – **Materieller oder immaterieller Schaden** – Anrechnung – Weiter gehender Schadensersatzanspruch – Unterstützungsleistungen – Information der Fahrgäste

[29.07.2019, Rs C-388/18, \*B \(Chiffre d'affaires du revendeur de véhicules d'occasion\)\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Harmonisierung des Steuerrechts – Richtlinie 2006/112/EG – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Art 288 Abs 1 Nr 1 und Art 315 – Sonderregelung für **Kleinunternehmen** – Sonderregelung für steuerpflichtige Wiederverkäufer – Steuerpflichtiger Wiederverkäufer, der der **Differenzbesteuerung** unterliegt – Für die Anwendbarkeit der Sonderregelung für Kleinunternehmen maßgeblicher Jahresumsatz – Handelsspanne oder vereinnahmte Beträge

[29.07.2019, Rs C-436/18 P, \*Shanxi Taigang Stainless Steel/Kommission\*](#)

Rechtsmittel – Dumping – Einführung eines endgültigen **Antidumpingzolls** auf bestimmte Waren mit Ursprung in **China** – Durchführungsverordnung (EU) 2015/1429 – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 2 Abs 7 Buchst a – Normalwert – Bestimmung auf der Grundlage des Preises in einem Drittland mit Marktwirtschaft – Wahl des geeigneten Drittlands – Drittland mit Marktwirtschaft, das Gegenstand der gleichen Untersuchung ist – Berichtungen

[29.07.2019, Rs C-451/18, \*Tibor-Trans\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Besondere Zuständigkeiten – Art 7 Nr 2 – Unerlaubte Handlung oder Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist – **Ort** der Verwirklichung des Schadenserfolgs – Klage auf **Ersatz des Schadens**, der durch ein für mit Art 101 AEUV und Art 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unvereinbar erklärtes **Kartell** verursacht wurde

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

[29.07.2019, Rs C-16/18, \*Dobersberger \(GA Szpunar\)\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Erbringung von **Catering-Services** in internationalen **Zügen** – Richtlinie 96/71/EG – Anwendungsbereich – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Art 56 AEUV

[29.07.2019, Rs C-360/18, \*Cargill Deutschland \(GA Sharpston\)\*](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Landwirtschaft – Gemeinsame Marktorganisation für **Zucker** – **Produktionsabgaben** – Erstattung rechtsfehlerhaft gezahlter Beträge – Auslegung der Verordnung (EU) Nr 1360/2013 – Nationale Verjährungsregeln – Grundsatz der Effektivität

[29.07.2019, Rs C-418/18 P, \*Puppinck ua/Kommission \(GA Bobek\)\*](#)

Rechtsmittel – Institutionelles Recht – Europäische Bürgerinitiative (EBI) – Art 11 Abs 4 EUV – Finanzierung von Aktivitäten, die mit der **Zerstörung menschlicher Embryonen** verbunden sind, durch die Union – **Forschungspolitik** – Öffentliche Gesundheit – Entwicklungszusammenarbeit – EBI, die die erforderliche Zahl von Unterstützungsbekundungen erreicht hat – Mitteilung der Kommission nach Art 10 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EU) Nr 211/2011 – Verpflichtungen der Kommission bei einer erfolgreichen EBI – Maßstab der gerichtlichen Überprüfung

[29.07.2019, Rs C-432/18, Consorzio Tutela Aceto Balsamico di Modena \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Verordnung (EG) Nr 510/2006 des Rates – Verordnung (EU) Nr 1151/2012 – Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen – Art 13 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 583/2009 der Kommission – Eintragung der Bezeichnung ‚Aceto Balsamico di Modena (ggA)‘ – Schutz der Begriffe dieser Angabe

[29.07.2019, Rs C-435/18, Otis Gesellschaft ua \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Wettbewerb – **Kartellrecht** – Private Durchsetzung – Schadensersatzklage eines staatlichen Kreditgebers – Vergünstigte Darlehen zur Wohnungsbauförderung – Aufzugskartell – **Kartellbedingt erhöhte Baukosten** – Schadensersatzforderung für den entstandenen **Zinsschaden**

## C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.